

Rede

des

Kämmerers der Stadt Beckum

Thomas Wulf

anlässlich der Einbringung des

Haushaltsplan-Entwurfs 2027

in den Rat der Stadt Beckum

am 15. Oktober 2026

– Es gilt das gesprochene Wort –

Einleitung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

der Bürgermeister hat die schwierige finanzielle Lage der Kommunen, auch in Beckum, ihre Ursachen und die besonderen Herausforderungen für Beckum bereits ausführlich und zutreffend dargestellt. Es handelt sich nicht um ein Problem, das in Beckum, Oelde, Warendorf, Gütersloh, Ahlen oder sonst in einer anderen deutschen Stadt oder Gemeinde verursacht wurde und auch keine „Musterstadt“ hat die Patentlösung. Die kommunale Finanzlage ist inzwischen nahezu flächendeckend dramatisch.

Ich möchte mich nun auf die folgenden Fragen konzentrieren: Was bedeutet diese Entwicklung für unseren Haushalt und unsere finanzielle Handlungsfähigkeit? Die Antwort fällt ernüchternd und erschreckend aus. Für das Jahr 2027 planen wir – auch nach Berücksichtigung des globalen Minderaufwandes – mit einem Fehlbetrag von rund 12,7 Millionen Euro. Für das Jahr 2028 sind es rund 14,7 Millionen Euro, für das Jahr 2029 17,7 Millionen Euro und für das Jahr 2030 rund 19,6 Millionen Euro. In Summe annähernd 65,0 Millionen Euro.

Natürlich ist die mittelfristige Finanzplanung keine mathematische Gewissheit. Es kann besser, aber auch schlechter kommen. Klar ist jedoch: Wir haben es nicht mit einem einzelnen schlechten Haushaltsjahr zu tun, sondern mit einer gravierenden strukturellen Lücke zwischen den Erträgen und

Aufwendungen. Und wenn sich nichts Grundlegendes ändert, rückt ein Haushaltssicherungskonzept näher.

Unser Ziel muss deshalb sein, unsere finanzielle Handlungsfähigkeit zu sichern und ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden. Dabei dürfen notwendige Konsolidierungsmaßnahmen aber nicht die Substanz der Stadt Beckum gefährden. Dieser zweite Satz ist mir genauso wichtig wie der erste.

Natürlich müssen wir weiterhin unseren eigenen Beitrag leisten. Wir müssen Leistungen, Standards und Strukturen hinterfragen. Wir müssen weiterhin Prioritäten setzen und auch über den Verzicht auf Leistungen sprechen. Insbesondere dieser würde uns nachhaltig entlasten, auch personell. Auch Einnahmeverbesserungen dürfen auf Dauer kein Tabu sein. Wir dürfen uns aber nichts vormachen: Unser strukturelles Problem lässt sich nicht mit einigen wenigen Maßnahmen lösen. Es wird nicht reichen, freiwillige Leistungen zu streichen, pflichtige Leistungen „besser“ zu erbringen, Investitionen – erst recht nicht wider besseres Wissen – zu verschieben oder mehr Effizienz einzufordern. Ohne substanzielle Veränderungen bei der Finanzierung durch Bund und Land wird sich diese strukturelle Lücke nicht schließen lassen.

Selbst weitreichende Einschnitte würden unsere Defizite nicht beseitigen. Sie könnten aber zugleich Vieles gefährden, was Beckum lebenswert macht und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Konsolidierung darf deshalb kein Selbstzweck sein.

Das gilt insbesondere für unsere Investitionen. Entscheidend ist nicht nur, was sie heute kosten, sondern auch, was es morgen kostet, sie heute nicht oder heute falsch zu tätigen. Wir dürfen kurzfristige Haushaltsentlastung nicht mit langfristiger Wirtschaftlichkeit und Sinnhaftigkeit verwechseln.

Konsolidierung bedeutet nicht, Investitionen möglichst billig zu machen. Konsolidierung heißt, knappes Geld dort einzusetzen, wo es dauerhaft trägt. Wir müssen priorisieren und uns beschränken – ohne dabei die Substanz und die Gestaltungs- und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu verlieren.

Ausgleichsrücklage/Allgemeine Rücklage

In der **Ausgleichsrücklage** sind zum 31.12.2025 noch rund 8,9 Millionen Euro verfügbar. Wir müssen davon ausgehen, dass dieser Bestand mit dem Jahresergebnis 2026 aufgezehrt sein wird. Weitere rund 1,6 Millionen Euro werden voraussichtlich der Allgemeinen Rücklage entnommen werden müssen. Diese wird Ende 2026 dann noch rund 62,5 Millionen Euro betragen. Auch dieser Bestand reicht rechnerisch nicht aus, um die bis Ende 2030 geplanten Fehlbeträge von annähernd 65,0 Millionen Euro aufzufangen.

Die geplanten Verlustvorträge verschaffen uns Zeit, lösen das Problem aber nicht. Soweit sie nicht durch spätere Überschüsse ausgeglichen werden, belasten sie letztlich die Allgemeine Rücklage.

Haushaltssicherungskonzept

Ein **Haushaltssicherungskonzept** wollen und können wir nach meiner Überzeugung derzeit noch vermeiden. Nicht nur, weil die zwingenden

gesetzlichen Voraussetzungen heute nicht vorliegen. Es wäre auch inhaltlich keine Lösung für unser strukturelles Problem, dessen Ursachen zu einem wesentlichen Teil außerhalb unseres Einflussbereichs liegen. Entscheidend ist deshalb, den verbleibenden Gestaltungsspielraum zu nutzen: Dort konsolidieren, wo es sinnvoll und vertretbar ist; Standards hinterfragen und zugleich notwendige und wirtschaftlich sinnvolle Investitionen ermöglichen. Unser eigentliches Ziel ist nicht die Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes, sondern der dauerhafte Erhalt unserer finanziellen und inhaltlichen Handlungs- und Zukunftsfähigkeit. Und dieses Ziel kann auch ohne ein formelles Haushaltssicherungskonzept verfolgt werden.

Ergebnisplan

Der **Ergebnisplan 2027** weist einen Jahresfehlbetrag von rund 12,7 Millionen Euro unter Berücksichtigung eines globalen Minderaufwands von 500.000 Euro aus.

Er ist erneut in besonderer Weise von den erheblich steigenden Transferaufwendungen geprägt. Rund 5,7 Millionen Euro mehr als im Jahr 2026 waren zu veranschlagen, rund 11,3 Millionen Euro mehr als das Ergebnis 2025.

Bei den Schlüsselzuweisungen ergibt sich gegenüber dem Jahr 2026 zumindest keine Verschlechterung. Gleichwohl durften wir mehr erwarten. Die landesweit zur Verfügung stehende Finanzmasse wuchs nur durch die wirklich lobenswerte Anhebung des Verbundsatzes auf 23,5 Prozent. Ein Schritt des

Landes in die richtige Richtung, dem hoffentlich weitere Schritte folgen werden. Wenn Sie mich fragen: Folgen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Folgenden möchte ich Ihnen einige **ausgewählte Ertrags- und Aufwandspositionen** vorstellen:

Die Ansätze der **Grundsteuer** – in Summe rund 7,6 Millionen Euro – haben wir an das Rechnungsergebnis 2025 angepasst. Die Hebesätze und deren Struktur wollen wir – trotz der weiter fortbestehenden rechtlichen Risiken – im Jahr 2027 unverändert lassen. Für die Folgejahre sind Steigerungen entsprechend der Orientierungsdaten berücksichtigt.

Aktuell sind rund 27,8 Millionen Euro **Gewerbesteuer** verbucht. Für Beckum ein wirklich guter Wert. Er zeugt von der Leistungskraft der heimischen Wirtschaft. Rund 27,8 Millionen Euro sind aber noch nicht die 30,0 Millionen Euro, die wir für dieses Jahr eingeplant haben. Gleichwohl haben wir für das Jahr 2027 unverändert 30,9 Millionen Euro angesetzt. Noch ist das Jahr nicht zu Ende. Ich will Sie aber nicht im Unklaren über unsere weitere Absicht lassen: Sollte sich bis Dezember keine positive Entwicklung einstellen, werden wir prüfen müssen, ob die Ansätze ab dem Jahr 2027 angepasst werden müssen. Eine schwächere Entwicklung der eigenen Steuerkraft kann sich in den Folgejahren auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen auswirken und damit einen Teil der Mindereinnahmen auffangen.

Der **Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer** entwickelt sich mit 22,3 Millionen Euro positiv. Allerdings mit rund 600.000 Euro deutlich hinter der mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltes 2026 für das Jahr 2027. Die Steuerschätzung Mai 2026 konnte die Erwartungen aus Oktober 2025 nicht bestätigen. In Folgejahren kumulieren sich die Effekte negativ.

Die zu erwartenden **Schlüsselzuweisungen 2027** betragen, insbesondere aufgrund der zuletzt landesweit stagnierenden Gewerbesteuerereinnahmen, rund 17,9 Millionen Euro. 2,3 Millionen Euro weniger als für das Jahr 2027 erwartet. Die **Schulpauschale** haben wir, entsprechend Ihres Willens, erneut und durchgängig zum konsumtiven Verbrauch im Ergebnisplan berücksichtigt.

Die **Benutzungsgebühren** betragen für das Jahr 2027 rund 13,6 Millionen Euro. Das sind rund 1,4 Millionen Euro weniger als im Jahr 2026 veranschlagt wurden. Den „Krankenkassen sei Dank“ füge ich ironisch an. Ob und wenn ja welche Lösung sich für die Rettungsdienstgebühren abzeichnet bleibt abzuwarten. Hier ist weiterhin ein erhebliches Risiko für den Haushalt vorhanden. Es wird zu prüfen sein, ob die Nutzenden direkt in Anspruch genommen werden müssen. Diese müssten dann auf ihre Krankenkassen zugehen und dort eine Erstattung beantragen. Das ist gesellschaftlich und sozialpolitisch ein schwieriger Schritt. Gleichwohl glaube ich, dass wir ihn gehen werden müssen, wenn die Krankenkassen uns dazu zwingen. Meine Perspektive aus Sicht des Stadtkämmerers dürfte klar sein.

Im Folgenden möchte ich auf einige ausgewählte **Aufwandspositionen** eingehen:

Für unser **aktives Personal** planen wir im Jahr 2027 rund 31,6 Millionen Euro¹ – vor Anpassung der Rückstellungen – ein. Auf die Entwicklung des **Stellenplans** ist der Bürgermeister bereits eingegangen.

Zu den Aufwendungen für **Sach- und Dienstleistungen**. Im Jahr 2027 sind rund 25,1 Millionen Euro veranschlagt, rund +1,6 Millionen Euro zum Ansatz des Vorjahres. Allein im Produkt „Schutz von Kindern und Jugendlichen“ steigen die pflichtigen Erstattungspositionen an andere Jugendämter um 620.000 Euro. Unsere Einflussmöglichkeit hier? Landläufig würde man sagen: „Gleich 0“. Im Übrigen steigen die Aufwendungen bei der **Unterhaltung und Bewirtschaftung unserer Infrastruktur**, im Wesentlichen also unserer Gebäude und Straßen. Unsere Infrastruktur kommt „in die Jahre“, meine Damen und Herren. Sie braucht mehr Pflege. Im Bereich der Zentralen Gebäudewirtschaft sind rund 780.000 Euro² mehr veranschlagt. Der Ansatz entspricht dem Rechnungsergebnis des Jahres 2025, um Ihnen eine Orientierung zu geben. Wir weiten die Unterhaltung also nicht großzügig aus. Wir bilden vielmehr das ab, was der Erhalt unserer Gebäude inzwischen tatsächlich kostet.

¹ Kontengruppe 70: 31.550.450 Euro

² Konto 011305.524XXXX, Rechnungsergebnis 2025: 5.589.962,96 Euro, Ansatz 2027: 5.587.150,00 Euro

Enthalten in den **Transferaufwendungen** von rund 76,2 Millionen Euro sind insbesondere:

- 23,3 Millionen Euro³ für die **Kindertagesbetreuung**. Das im Ergebnis viel relevantere Defizit im Produkt Kindertagesbetreuung erhöht sich von rund 7,8 Millionen Euro⁴ im Jahr 2025 auf rund 9,5 Millionen Euro⁵ im Jahr 2027. Die Finanzierung folgt im Wesentlichen über die Kindpauschalen den tatsächlich in Anspruch genommenen Betreuungsplätzen. Wir bilden damit bestehende Rechtsansprüche ab und finanzieren nicht dauerhaft ungenutzte Kapazitäten. Ob und gegebenenfalls welche Anpassungen bei den Elternbeiträgen oder – soweit rechtlich möglich und personell leistbar – bei den Zugangsvoraussetzungen für die Ganztagsbetreuung vorgenommen werden, ist letztlich eine politische Entscheidung des Rates.
- Der demgegenüber verhältnismäßig geringere Betrag von rund 2,5 Millionen Euro wird für die Betreuungsangebote, insbesondere die OGS, benötigt. Allerdings steigen auch dort die Kosten weiter an.
- 12,9 Millionen Euro⁶ sind als **Sozialtransferaufwendungen** veranschlagt. +1,3 Millionen Euro zum Vorjahr. Neben Leistungen für Geflüchtete und für den Unterhaltsvorschuss sind insbesondere die Jugendhilfeleistungen zu benennen. Rund 10,7 Millionen Euro⁷ sind für diese

³ Kontengruppe 53 im Produkt 060701: 23.292.150 Euro

⁴ Produkt 060701, Teilergebnis 2025 (Jahresabschluss 2025)

⁵ Produkt 060701, Teilergebnis 2027 (Entwurf Haushaltsplan 2027)

⁶ Kontenart 533 im gesamten Haushalt (15.156.800 Euro) abzüglich 2.289.300 Euro im Produkt 060701

⁷ Kontenart 533 in den Produkten 060104, 060105, 060106, 060107, 060108

weitestgehend kommunal finanzierte Leistung vorzusehen. Die Jugendhilfe ist damit längst zu einem der zentralen Belastungsfaktoren unseres Haushalts geworden.

- Allein der städtische Zuschussbedarf für die Kindertagesbetreuung und die weitestgehend kommunal finanzierten Jugendhilfeleistungen summieren sich auf gut 20,2 Millionen Euro. Zur Einordnung: Das entspricht fast $\frac{1}{3}$ unseres für das Jahr 2027 geplanten Gewerbesteueraufkommens. Ich finde das macht schnell deutlich, „wo die Musik spielt“.
- Rund 31,0 Millionen Euro sind im Haushaltsentwurf für die **Kreisumlage** vorgesehen. Weitere +2,7 Millionen Euro zum Vorjahr. Anders als im Vorjahr ist mein Optimismus, was nennenswerte und für uns positive Veränderungen angeht, eher eingeschränkt. Dem Kreis geht es mittlerweile wie uns: Eine Ausgleichsrücklage hat er nicht mehr zur Verfügung.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** verändern sich gegenüber dem Vorjahr und dem Rechnungsergebnis des Jahres 2025 mit rund 7,2 Millionen Euro kaum. Das zeigt mir im Übrigen, dass die eher vor Ort beeinflussbaren Aufwendungen, wenn man das überhaupt sagen kann, eng gesteuert sind.

Rund 1,4 Millionen Euro **Zinsaufwand** sind für die vorhandenen und erwarteten Investitionskreditverbindlichkeiten im Jahr 2027 vorgesehen. Dieser Betrag steigt in der mittelfristigen Finanzplanung deutlich weiter, im Jahr 2030 sind rund 4,9 Millionen Euro veranschlagt. Auch bei den

Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite müssen wir mit steigenden Zinsaufwendungen rechnen.

Laufender Finanzplan

Der **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** beträgt rund –14,6 Millionen Euro im Jahr 2027. Das ist besorgniserregend, aber insbesondere eine Folge der steigenden Transferauszahlungen. Und, meine Damen und Herren: Diese Entwicklung bereitet mir tatsächlich mehr Sorgen als die Defizite im Investitionsbereich. Dort schaffen wir zumindest Vermögen, das über viele Jahre genutzt werden kann. Bei den laufenden Auszahlungen ist das nicht der Fall. Sie belasten unseren Haushalt, ohne dass ihnen ein entsprechender Vermögenswert gegenübersteht. Genau darin liegt unser strukturelles Problem. Und dessen Lösung haben wir – das müssen wir ehrlich miteinander sagen – nur zu einem begrenzten Teil selbst in der Hand.

Investiver Finanzplan

Wir sind weiterhin bemüht, Übertragungen aus dem Vorjahr im Investitionsbereich zu vermeiden. Neuveranschlagungen sind die Folge.

Einzahlungen im investiven Teil des Finanzplans von rund 23,9 Millionen Euro im Jahr 2027 sind für folgende Zwecke veranschlagt:

Rund 20,2 Millionen Euro sind für **Zuwendungen für Investitionen** veranschlagt. Neben den üblichen Landeszuweisungen von rund 4,7 Millionen Euro sind insbesondere projektbezogene Einnahmen veranschlagt. Die

Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes sind entsprechend der hier gefassten Beschlussfassung berücksichtigt.

Veräußerungen von Sachanlagen und Beitragseinnahmen sollen im Jahr 2027 in einem Umfang von rund 3,7 Millionen Euro erfolgen. Wir vermarkten unsere vorhandenen **Grundstücke in Vellern** und trennen uns ansonsten von nicht „betriebsnotwendigem Vermögen“. Die **Steinbruchallee** schließt sich mit Veräußerungen ab dem Jahr 2028 an. Hier sind in den Jahren zuvor Erschließungsarbeiten durchzuführen; für den Tiefbau (ohne Abwasser) sind rund 2,2 Millionen Euro⁸ veranschlagt. Die Entwicklung des geförderten Grünzuges soll sich anschließen. Baureife **Grundstücke an der Oberen Brede** können ebenfalls in den Jahren 2027 und 2028 noch veräußert werden.

Als **investive Auszahlungen des Finanzplans** sind rund 45,8 Millionen Euro im Jahr 2027 vorgesehen. In den Jahren 2027 bis 2030 sind aktuell rund 185,7 Millionen Euro veranschlagt.

Für den **Grunderwerb** sind rund 4 Millionen Euro vorgesehen, teilweise waren hier Mittel als Neuveranschlagung zur Abwicklung bereits vereinbarter Geschäfte einzustellen. Im Übrigen steht die Umsetzung des beschlossenen Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes im Vordergrund. Hier wollen wir handlungsfähig sein.

⁸ Investitionsmaßnahme 11040001

35,6 Millionen Euro sind für **Baumaßnahmen aller Art im Jahr 2027** veranschlagt. Unter Berücksichtigung der Folgejahre möchte ich beispielhaft nur einige wesentliche Maßnahmen vorstellen. Viele der Maßnahmen sind Ihnen bekannt. Sie wurden hier beschlossen, teilweise ergänzend im Arbeitskreis „Finanzen Beckum“ beraten und anschließend erneut beschlossen oder „in den Stiel gestoßen“.

Zunächst zu den **Tiefbaumaßnahmen**⁹: Insgesamt rund 9,3 Millionen Euro sind im Jahr 2027 veranschlagt. Neben der **Erschließung der Steinbruchallee** sind rund 2,8 Millionen Euro¹⁰ für die **Erneuerung der Zementstraße und die Zufahrt zum neuen Feuerwehrgelände** vorgesehen. Ergänzende Mittel aus der Rückstellung für die **große WLE-Brücke** kommen hinzu. Die Maßnahmen sind Teil des auf das Engste miteinander verwobenen Plans zur Entwicklung des Renfert-Geländes und zu dessen 1. Schritt, der Realisierung des Neubaus der Feuer- und Rettungswache. Weitere Mittel von rund 1,6 Millionen Euro¹¹ sind für den **Südring und den Hansaring** vorgesehen. Da die Maßnahme im Jahr 2026 nicht begonnen werden kann, soll hier für das Jahr 2027 über die Änderungsliste noch eine erhöhte Neuveranschlagung erfolgen. Auch am **Sudhoferweg, an der Industriestraße und bei verschiedenen Brückenbauwerken** werden Investitionen erforderlich.

⁹ Konto 785200

¹⁰ Investitionsmaßnahmen 10970003, 10970004 und 1105

¹¹ Investitionsmaßnahmen 1098, 1118, 1115

Für **Hochbaumaßnahmen**¹² sind 22,9 Millionen Euro im Jahr 2027 veranschlagt.

Die Planungen des Neubaus der **Feuer- und Rettungswache Beckum** schreitet Schritt für Schritt voran. Wie ausgeführt gehen die Maßnahmen in der Umgebung „Hand in Hand“ mit den Hochbauplanungen. Nach dem Abschluss der Vorplanung wird aktuell die Entwurfsplanung erstellt. Im Jahr 2027 soll die Ausschreibung der Generalunternehmerleistungen und deren Vergabe erfolgen. Planende, Nutzende und unser Gebäudemanagement arbeiten hier eng zusammen. Unverändert gehen wir noch von Gesamtkosten von rund 53 Millionen Euro aus. Ich kann nicht verschweigen, dass uns die jüngsten Baukostensteigerungen große Sorgen bereiten. Das Risikobudget schrumpft, meine Damen und Herren.

Am letzten Freitag haben wir gemeinsam den Grundstein für den **Neubau der Sonnenschule** gelegt. Ein Projekt, das sich im Zeit- und Kostenplan bewegt. Unverändert können wir von Projektkosten von rund 24,2 Millionen Euro ausgehen. Alleine 14,0 Millionen Euro unserer Investitionssumme im Jahr 2027 sind in diesem Projekt gebunden.

Für **Baumaßnahmen** an Schulen sind daneben weitere Mittel von 41,1 Millionen Euro¹³ im Finanzplanungszeitrum vorgesehen.

¹² Konto 785100

¹³ Konto 785100, Produktbereich 03 (ohne Neubau Sonnenschule)

Am **Albertus-Magnus-Gymnasium** sind im kommenden Jahr 1,2 Millionen Euro Planungsleistungen für die Erweiterung, die barrierefreie und im Übrigen auch notwendige Sanierung des Haupteingangs und für weitere Schulraumcontainer vorgesehen. Bei letzterem könnte sich noch eine Veränderung abzeichnen. Mich freut, dass wir in diesem Jahr sichtbare Sanierungserfolge an dem „Sporthallenriegel“ erreichen konnten und der Innenhof samt neuem Aufzug wieder nutzbar ist.

Bei den **Grundschulen in Neubeckum** wird es in diesem Jahr mit der konkreten Projektbearbeitung losgehen. Nach der erneuten Beschlussfassung zu diesen Maßnahmen in diesem Jahr haben wir unverändert die Gesamtinvestition an der Roncallischule mit 9,2 Millionen Euro und mit rund 14,3 Millionen Euro an der Bodelschwingh-Schule vorgesehen. Nach unserem Verständnis ist es politischer Wille, mit maximal dieser Gesamtinvestition auszukommen. Unser Auftrag ist, diesen Willen umzusetzen. Das bedeutet allerdings auch, dass wir bei Bedarf Standards und Qualitäten anpassen müssen, um die Kostenobergrenzen einzuhalten. Ich gehe deshalb davon aus, dass der Rat diese Konsequenz mitträgt, wenn sie erforderlich wird. Gerade bei Bestandsgebäuden können sich im weiteren Projekt- und Planungsverlauf sowie in der Bauphase zudem Sachverhalte ergeben, die heute noch nicht vollständig erkennbar sind.

Bei der **Martinschule** sind einstimmige Vorentscheidungen bereits gefallen. Es soll ein Neubau werden. Die Standortfrage ist zu klären. Im Jahr 2027 wird es nun darum gehen, sowohl für die Martinschule als auch für die

weiterführende Schullandschaft im Übrigen die entscheidenden politischen Weichen zu stellen. Diese Entscheidungen müssen sich dann auch im Haushalt 2028 durch entsprechende Mittel für die bauliche Umsetzung abbilden.

Die Abarbeitung des ISEK Neubeckum schreitet voran. Das (mühsam) grundrenovierte **Freizeithaus nebst Stadtbücherei Neubeckum** wird jetzt sukzessive wieder in den Betrieb gehen. Zu Beginn des kommenden Jahres soll es eine offizielle Wiedereröffnung geben. Die Maßnahmen „**Moll-Park**“ und „**Platz der Städtepartnerschaft**“ sind berücksichtigt. Der Haushaltsentwurf sieht weiterhin Mittel für die Maßnahmen im **Hellbachtal** vor. Rund 1,5 Millionen Euro¹⁴ sind als Eigenanteil berücksichtigt. Das ISEK Neubeckum hat einen echten Schub für den Stadtteil gebracht und es wird ihn dauerhaft bringen.

Die Inwertsetzung der **Gebäude Markt 1 und Markt 2** – verbunden mit der Modernisierung unseres Stadtmuseums – sind bekanntlich ein Schwerpunkt des **ISEK Beckum**. Das Gebäudemanagement hat den Prozess zur Genehmigungsplanung eingeleitet, es geht weiter. Mit dem berücksichtigten städtischen Eigenanteil in den Jahren 2026 bis 2029 von rund 2,6 Millionen Euro¹⁵ kann am Marktplatz eine Zukunft für unser in die Jahre gekommenes Museum entstehen. Auch für den **Werse-Grünzug** soll es weitergehen.

¹⁴ Vorlage 2026/0297

¹⁵ Investitionsmaßnahme 11130008

Für den Erwerb von **beweglichen Sachen des Anlagevermögens** sind rund 3,5 Millionen Euro im Jahr 2027 veranschlagt. Davon sind fast 1,2 Millionen Euro für **Anschaffungen von Hard- und Software**¹⁶ vorgesehen. Einerseits für die Verwaltung, andererseits für die Schulen. Hoffen wir, dass wir möglichst bald wissen, wie genau wir den Digitalpakt 2.0 umsetzen können. Vermeiden sollten wir, dass wir in 5 oder 6 Jahren wieder an einem Punkt stehen an dem wir feststellen, dass die Ersatzinvestitionen ohne Förderung nicht leistbar sind. Es wird auch ein finanziell zumutbares Engagement der Eltern bei der Ausstattung mit Endgeräten brauchen, wir sind hier in einem freiwilligen Bereich. Für die **Feuerwehr und den Rettungsdienst**¹⁷ sind rund 810.000 Euro – insbesondere für Fahrzeuge und medizinisches Gerät – vorgesehen. Weitere Mittel von rund 810.000 Euro¹⁸ sind für die Schulen, insbesondere für die Ausstattung des Neubaus der Sonnenschule vorgesehen.

Investitionskostenzuschüsse zu Maßnahmen Dritter sind mit rund 1,4 Millionen Euro im Jahr 2027 berücksichtigt. Ein Großteil, rund 1,1 Millionen Euro¹⁹, entfällt auf Maßnahmen im Bereich der Kindertagesbetreuung. Hier ist eine anteilige Landesförderung von rund 660.000 Euro²⁰ zur Gegenfinanzierung geplant.

¹⁶ Produktgruppe 0110

¹⁷ Produktgruppe 0205

¹⁸ Produktbereich 03

¹⁹ Produkt 060701, Kontenart 781

²⁰ Produkt 060701, Kontenart 681

Der **Saldo aus der Investitionstätigkeit** ist mit rund 22,0 Millionen Euro negativ. Entsprechend ist für das Jahr 2027 planerisch eine Investitionskreditaufnahme in etwa gleicher Höhe vorgesehen. In den Jahren 2028 und 2029 steigt der Kreditbedarf sogar noch deutlich an. Dass wir Kreditermächtigungen nur in Anspruch nehmen, soweit dies tatsächlich erforderlich ist, zeigen die vergangenen Jahre. Es wird finanziert, was zu finanzieren ist – nicht mehr und nicht weniger. Und das, was zu finanzieren ist, beruht auf den hier getroffenen Entscheidungen. Natürlich werden Zins und Tilgung unsere künftigen Haushalte erheblich belasten. Aber notwendige Investitionen deshalb zu unterlassen, ist keine tragfähige Alternative. Wenn wir von ihrer Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit überzeugt sind, müssen wir sie auch finanzieren.

Abschluss

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch einige wenige Worte zum **Arbeitskreis Finanzen**. Ich räume offen ein: Ich bin diesem Format zunächst mit einer gewissen Skepsis begegnet. Im Verlauf der Beratungen habe ich den Austausch aber zunehmend zu schätzen gelernt. Nicht, weil dort plötzlich einfache Lösungen für unsere Haushaltsprobleme gefunden worden wären – die gibt es nicht. Sondern weil es gelungen ist, finanzielle Zusammenhänge, unterschiedliche Sichtweisen und mögliche Konsequenzen intensiver miteinander zu diskutieren, als dies im normalen Sitzungsbetrieb häufig möglich ist. Ob und in welcher Form dieser Arbeitskreis fortgeführt wird, ist Ihre politische Entscheidung. Bedenken Sie in jedem Fall den Aufwand, den ein solcher Austausch für Sie und die Verwaltung bedeutet. Es muss für alle Beteiligten sinnvoll sein und einen Mehrwert bieten. Wichtig erscheint mir, dass

wir auch künftig einen Rahmen haben, in dem wir uns ernsthaft über die finanzielle Entwicklung unserer Stadt, notwendige Prioritäten und mögliche Konsolidierungsmaßnahmen austauschen können; in welcher Form auch immer.

Denn die vor uns liegenden Entscheidungen werden nicht einfacher. Umso wichtiger ist es, dass Rat und Verwaltung im Gespräch bleiben, unterschiedliche Auffassungen offen miteinander diskutieren und Entscheidungen auf einer möglichst gemeinsamen Informationsgrundlage treffen. Unseren Beitrag leisten wir dafür.

Ich **bedanke** mich ganz ausdrücklich bei den Beschäftigten der Verwaltung, **insbesondere bei Frau Schlieper und ihrem Team**, für die umfangreichen und hochqualifizierten Vorarbeiten zur Aufstellung des Haushaltsplanes 2027.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und alles Gute für Sie und die weitere Arbeit.